

# Deutschlands Weg in den 2. Weltkrieg

## Die deutsche Industrie als Wegbereiter

### I. Die Lage zu Beginn der 30er Jahre

#### I. 1 Zur wirtschaftlichen Situation Deutschlands anfangs der 30er Jahre

Anfangs der 30er Jahre befand sich die deutsche Industrie in einer sehr schwierigen Lage. Allgemeine Geldknappheit führte zu einem Stagnieren der Absatzmärkte. Die Produktion war aufgrund fehlender Nachfrage stark zurückgegangen. Die Zahl der Arbeitslosen war sehr hoch.

Hierfür gab es verschiedene Gründe: Hohe Reparationsleistungen für das Kriegsgeschehen im 1. Weltkrieg, die im Versailler Friedensvertrag Deutschland auferlegt worden waren, erschweren von Anfang an die Chancen der jungen Weimarer Demokratie, das wirtschaftliche Geschehen durch politisches Vorgehen zu fördern und so der Weimarer Republik eine wirtschaftspolitisch stabile Grundlage zu geben. Erst 1932 erließ man Deutschland die Reparationsschulden bis auf 3 Milliarden, die aber nie bezahlt wurden.

Die Inflation vernichtete mit der Währungsreform am 15. November 1923 - aus einer Billion Papiermark wurde eine Rentenmark - einen immensen Teil der Ersparnisse der deutschen Bevölkerung und schränkte deren Kaufkraft entscheidend ein. Die Währungsreform war zwar ein wichtiger Schritt zur Konsolidierung der deutschen Währung, doch gleichzeitig hatte sie schwerwiegende Auswirkungen auf die finanzielle Lage breiter Teile der deutschen Bevölkerung.

Im Verlauf der 20er Jahre besserte sich die Lage. Die Reparationsforderungen wurden gemildert, und die Währungsreform brachte die erhoffte wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Entspannung. Doch noch immer war das industrielle Wachstum zurückhaltend. Die Verarmung breiter Schichten des Volkes ließ sich nicht in wenigen Jahren lösen. Noch immer gab es viele Arbeitslose. Fortschritte im industriellen Bereich waren zum großen Teil mit amerikanischen Krediten finanziert worden.

Diese schwierige Situation wurde dramatisch verschärft durch eine Weltwirtschaftskrise, die mit dem Zusammenbruch der New Yorker Börse am "Schwarzen Freitag" im Oktober 1929 begann und sich rasch auf Europa und insbesondere Deutschland ausweitete. Die amerikanischen Banken, vorher Geldgeber, forderten nun die Rückzahlung der gewährten Kredite. Es fehlten Absatzmärkte, und die Zahl der entlassenen Arbeiter und Angestellten war hoch. Wer Besitz hatte, vertraute es nicht den Banken an, sondern behielt es zuhause oder flüchtete in die Anschaffung von Sachwerten. Die Banken, denen kein Geld mehr anvertraut wurde, konnten auch keine Kredite mehr gewähren. Die mangelnden Finanzierungsmöglichkeiten zogen weitere Produktionseinschränkungen und weitere Entlassungen nach sich.

Die Notverordnungen des Reichskanzlers Brüning, die zum Ziel hatten, durch äußerste Sparsamkeit die Staatsverschuldung gering zu halten, verschärften die Krise weiter. Ausbleibende Staatsaufträge, Kürzung von Löhnen, Gehältern und Unterstützungsgeldern senkten weiterhin die Kaufkraft, erhöhten die Absatzschwierigkeiten, vergrößerten die Arbeitslosigkeit.

Um diese Probleme zu lösen, fehlte im industriellen Sektor ein übergreifendes Konzept. Die deutsche Industrie war zersplittert, ohne Orientierung und ohne planerischen Rahmen .

Auch die politischen Vertreter der Weimarer Republik trugen zur Lösung des Arbeitslosenproblems nichts bei. Sowohl Brüning als auch Schleicher hatten Programme zur staatlichen Arbeitsbeschaffung entwickelt. Doch sie hatten noch keine Maßnahmen zur Umsetzung dieser Programme begonnen, da sie gleichzeitig eine solide Finanzpolitik betreiben und inflationäre Tendenzen wie zu Beginn der 20er Jahre vermeiden wollten.

## I.2 Die Einstellung der deutschen Wirtschaft zur Machtergreifung

Zu Beginn des Jahres 1933 hatte sich die wirtschaftliche Situation weltweit schon etwas erholt. Doch die Lage der deutschen Industrie war noch immer sehr kritisch. Daher erhofften sich führende Repräsentanten derselben von der Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten einen Rahmen, der günstige politische Bedingungen zur Erholung des industriellen Systems bieten könnte.

Gleichzeitig wurde das demokratische System der Weimarer Republik mit einem gewissen Argwohn betrachtet. In diesem hatte sich die Arbeiterschaft durch ihre gewerkschaftlichen und politischen Vertretungen Rechte erkämpfen können. Diese betrachteten Vertreter der Industrie durchaus als Hemmnisse auf dem Weg zum Ziel einer größtmöglichen Profitabilität. Teile der industriellen Elite waren durchaus an einem autoritären System interessiert, das die Rechte der Arbeiter, der "Linken", einschränken würde und ihnen mehr Entscheidungsfreiheit im Sinne einer Gewinnmaximierung einräumen könnte.

Doch dies war die Einstellung von Teilen der deutschen Industrie. Über ein Konzept zur Erholung der deutschen Wirtschaft gab es unter deren Repräsentanten tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten, und ebenso unterschiedlich war die Einstellung der industriellen Vertreter zum nationalsozialistischen System. Es wurde keineswegs von der gesamten Industrie freudig begrüßt.

Doch der deutschen Wirtschaft fehlten eigene Alternativen. Die orientierungs- und führungslose deutsche Industrie entschied sich mangels eigener Lösungen für das Prinzip Hoffnung und unterstützte teils begrüßend, teils billigend und hinnehmend die Machtergreifung der Nazis.

## II. Maßnahmen der Nationalsozialisten zur Förderung der Wirtschaft in der Vorkriegszeit

### II.1 Arbeitsbeschaffende Maßnahmen zur Erhöhung der Beschäftigungszahl

Hitler und seine Gefolgsleute hatten von Anfang an sehr klare Ziele. Zu diesen gehörte es nicht, eine solide Finanzpolitik zu betreiben. Daher begannen sie, die Schleicher'schen Pläne zur staatlichen Arbeitsbeschaffung zu erweitern und umzusetzen, ohne die Rücksichten und

Bedenken hinsichtlich einer Vermeidung zu großer Staatsverschuldung, die die Vertreter der Weimarer Republik zur Zurückhaltung erwogen hatten, zu teilen.

"Sie förderten vor allem solche öffentlichen Arbeiten, die Menschenkraft erforderten, wie Straßenbau, Autobahnbau, Landmeliorationen, Flugplatzanlagen, Kasernenbauten. Bei der Vergabe von Staatsaufträgen galt zunächst der Grundsatz, daß maschinelle Hilfsmittel nur benutzt werden durften, wo sie völlig unerläßlich waren."(K.D.Erdmann, S.132)Dies bedeutete Verdienst für viele Menschen, steigende Kaufkraft und Ankurbelung des industriellen Systems.

Gleichzeitig vergab das NS-Regime viele Staatsaufträge an Industriefirmen. Gezielt wurden vor allem Industriebereiche gefördert, die zur Aufrüstung des Reiches beitrugen. Dies betraf die Ausstattung der Wehrmacht, die Förderung der eisen- und stahlerzeugenden Industrie und der chemischen Industrie - vorwiegend Bereiche der Großindustrie. Dies waren zuerst einmal unproduktive Kosten, denn durch Rüstung wird - nimmt man den Beschäftigungseffekt einmal aus - ein großer Teil der Staatsausgaben ohne weiteren Einfluß auf den Wirtschaftskreislauf gebunden.

Doch insgesamt war es bislang gelungen, durch Verbesserung der Beschäftigungslage die Lage am binnenpolitischen Absatzmarkt und die Auslastung der industriellen Produktion zu erhöhen. Der Außenhandel wurde durch zweiseitige Verträge - Industrieprodukte gegen Agrarprodukte und Rohstoffe - belebt.

Die Lage der Industrie, die Lage der Bevölkerung hatte sich verbessert. Insgesamt kann man sagen, daß das NS-Regime in seinen Anfangsjahren das industrielle Wachstum anregte und förderte, ohne direkte Kontrolle über das wirtschaftliche System zu haben.

## II.2 Wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen

Der Reichswirtschaftsminister Hjalmar Schacht hatte anfangs eine Schlüsselposition als Wirtschaftspolitiker. Ihm war daran gelegen, eine solide, an Konsum- und Absatzmarkt orientierte Wirtschaftspolitik zu betreiben und Deutschlands internationale Handelsbilanz zu verbessern. Zur Finanzierung der Staatsaufträge entwickelte er das Konzept der Mefo-Wechsel. Über eine eigens dafür gegründete Metallforschungs-GmbH wurden seitens des Reiches Wechsel ausgestellt, mit denen die Lieferanten bezahlt wurden. Die Einlösung der Wechsel übernahm die Reichsbank. Die Rückzahlung der Wechsel hatte Schacht genau geplant:"Nach fünf Jahren mußte die Rückzahlung der Mefo-Wechsel beginnen, und die dafür erforderlichen Beträge gingen dem Budget verloren, mußten also auf anderen Aufgabengebieten ausfallen." (K.D.Erdmann, S.133)

Doch nach Schachts 1936 aufgrund seiner Kritik am Vierjahresplan erfolgtem Rücktritt verkündete Walter Funk, sein Nachfolger als Reichswirtschaftsminister, daß diese Wechsel vom Reich nicht eingelöst, sondern in langfristige Reichsschuldverschreibungen umgewandelt würden. Laut Schacht war dies "etwas Ungeheuerliches". Die Wechselunterschrift des Reiches wurde nicht honoriert, und zwar nicht etwa, weil das Reich zahlungsunfähig gewesen wäre, sondern weil das Reich es vorzog, sein Geld für andere Ausgaben, nämlich für die Rüstung zu verwenden."(K.D.Erdmann, S.135) Dieser Protest führte zu Schachts Entlassung aus dem Amt des Reichsbankpräsidenten durch Hitler.

Aus dem Umgang mit dem Zahlungsinstrument Mefo-Wechsel ist deutlich zu ersehen, daß die NS-Führung an einer soliden Staatsfinanzierung nicht interessiert war.

Unter Schachts Führung gelang es, die deutsche Handelsbilanz trotz großer Probleme, trotz des zurückgegangenen Anteils Deutschlands am sich wieder belebenden Welthandel, einigermaßen ausgeglichen zu halten.

Auch die Kontrolle des Außen- und Devisenhandels handhabte Schacht nach finanzwirtschaft-

lichen Gesichtspunkten. Auch dies stieß zunehmend auf Ablehnung seitens der Naziführung, der Wehrmacht und derjenigen Teile der Großindustrie - z.B. der IG-Farben - , die die Ausweitung der Rüstungspolitik und die Beschaffung der dafür notwendigen Rohstoffe als vorrangig ansahen

Der Konflikt zwischen produktiven, konsum- und absatzorientierten Wirtschaftszweigen und an der Aufrüstung teilhabenden Industriebereichen spaltete und schwächte die Position der Industrie insgesamt. Immer stärker wurden industrielle Gruppierungen der Großindustrie, die ein ganz anderes Ziel hatten als der Reichswirtschaftsminister Schacht. Nicht auf dem Wege des Handels, sondern durch Ausweitung des Reichsgebietes wollten sie den Mangel an Devisen und Rohstoffen ausgleichen und die unproduktiven Ausgaben für die Aufrüstung produktiv nutzen.

### III. Der Weg in den Krieg

#### III.1 Der Vierjahresplan

Auf dem Parteitag 1936 konnte Hitler verkünden, daß die Zahl der Arbeitslosen von 1933 bis 1936 von 6 Millionen auf 1 Million zurückgegangen war. Auf diesem Parteitag verkündete er auch seinen Vierjahresplan, der eine klare Entwicklung für die Industrie in seinem Sinne festlegte. Er stand im Dienste der Kriegsvorbereitung.

Er verfaßte dazu ein Memorandum, das geheim gehalten wurde und nur Göring, Blomberg und später Speer zur Kenntnis gegeben wurde, nicht aber dem Reichswirtschaftsminister, der ja aufgrund des Vierjahresplanes seinen Rücktritt einreichte.

Das Memorandum endete mit den Worten: "Ich stelle damit folgende Aufgabe: 1. die deutsche Armee muß in vier Jahren einsatzfähig sein; 2. die deutsche Wirtschaft muß in vier Jahren kriegsfähig sein." (K.D.Erdmann, S.138)

Dieser Aufgabe waren alle anderen Gesichtspunkte untergeordnet, nicht nur mögliche und erwartete Opfer auf dem Gebiet der Ernährung, sondern auch die Auswirkung auf den Lebensstandard der deutschen Bevölkerung. Zum Vergleich:

Anteil des Arbeitnehmereinkommens in den stabilen Jahren der Weimarer Republik:

1925 66,2 % - 1929 68,5 %

Im dritten Reich

1933 68 % - 1939 63,5 %

Anders entwickelte sich der Anteil des Vermögens und Unternehmereinkommens

1925 33,8 % - 1929 31,5 %

1933 32,0 % - 1939 36,5 % (vgl. K.D.Erdmann, S.146)

Es war Hitler in einer Zeit der Krise gelungen, Millionen Arbeitslosen Beschäftigung zu geben, doch sein Ziel war nicht - jedenfalls nicht kurzfristig - die Hebung des Lebensstandards

der deutschen Bevölkerung.

Dies kann man auch erkennen am prozentualen Anteil der Verbrauchsgüterindustrie an der Gesamtproduktion in diesen Jahren:

1928/29 31 %

1934/35 25 %

1937/38 17 % (vgl. K.D.Erdmann, S.141)

Hermann Göring, der mit der Durchführung des Vierjahresplanes beauftragt war, legte in einer Rede vom 17. Dezember 1936 vor ungefähr 100 führenden Vertretern der deutschen Wirtschaft die Ziele des Planes dar. Allein entscheidend sei: "Sieg oder Untergang. Wenn wir siegen, wird die Wirtschaft entschädigt werden. Man kann sich hier nicht richten nach buchmäßiger Gewinnrechnung, sondern nur nach den Bedürfnissen der Politik." (K.D.Erdmann, S.139)

Der Vierjahresplan stellt einen entscheidenden Wendepunkt dar in der Beziehung des NS-Regimes zur deutschen Wirtschaft. Die für den privaten Konsum produzierenden Industriezweige hatten keinen Einfluß auf ihn. Die nationalsozialistische Führung plante, nur durch erfolgreiche Expansion des Reichsgebietes ihre Probleme, auch die wirtschaftlichen, zu lösen. Spätestens 1936 war dies einem Teil der Repräsentanten der deutschen Industrie vollkommen klar. Ziel war die Autarkie Deutschlands, die Unabhängigkeit von anderen Staaten.

### III.2 Die Rolle der großen Konzerne

Die Nutznießer des Vierjahresplanes waren die zur Aufrüstung beitragenden Industrien. Dies waren einmal die Bereiche, die in der Förderung von Kohle und Eisen tätig waren, die Schwerindustrie und die chemische Industrie.

Zum Vergleich:

Kohleförderung: 1933 107 Mio t 1938 186,4 Mio t (mit Saarland und Österreich)

Eisenerzgewinnung: 1932 2,6 Mio t 1938 15 Mio t (vgl. K.D.Erdmann, S.138)

Doch obwohl die großen Konzerne Gewinne aus dem Vierjahresplan zogen, waren die Interessen von Industrie und NS-Regime nicht immer deckungsgleich. Es gab großen Widerstand der Schwerindustrie gegen den Aufbau der eisenerzverhüttenden Reichswerke Hermann Göring aufgrund der Furcht vor unliebsamer Konkurrenz. Die Erfolglosigkeit dieser Proteste beweist, daß die politische Führung stark genug war, sich in Konfliktfällen gegenüber der Wirtschaft durchzusetzen.

Neben den Konzernen der Schwerindustrie hatte das Riesenunternehmen der IG Farben eine führende Position erworben. Wirtschaftliche Interessen des Großkonzerns fanden ihren Einfluß in die Abfassung des Vierjahresplans. Der leitende Direktor der IG-Farben, Carl Krauch, war mit einer Vielzahl anderer Firmenangehöriger tätig in der Behörde, die die Umsetzung des Vierjahresplanes überwachte und verantwortete. In einer Rede am 28.4.1939 berichtete er vor dem Generalrat des Vierjahresplanes von der Lage der Chemieindustrie, der Notwendigkeit einer zunächst friedlichen Ausweitung des Wirtschaftsraumes auf den Balkan und Spanien und hinsichtlich Südosteuropas von der Möglichkeit, "Durch Einbeziehung eines wehrmachtsmäßigen Rahmens die Mineralölwirtschaft auf lange Jahre hinaus völlig zu sichern." (K.D.Erdmann, S.141) In aggressiver Weise drängte Carl Krauch auf eine Verwirklichung der Expansionspläne.

Es ist eindeutig nachzuvollziehen, daß die Ziele der IG-Farben und ihres leitenden Vertreters Carl Krauch - Sicherung von Rohstoffen, Steigerung von Gewinnen, Erlangung billiger Arbeitskräfte durch Expansion - große Nähe zu denen des NS-Regimes aufwiesen. Auch in der Personalpolitik gab dieser Konzern den Mitgliedern der nationalsozialistischen Partei einen deutlichen Vorrang.

Die in der Waffenproduktion tätigen Konzerne zogen jahrelang großen Nutzen aus dem kriegerischen Geschehen. "Die unverteilter Gewinne von Kapitalgesellschaften waren 1939 viermal höher als 1928. Die Monopolkonzerne waren die größten Einzelgewinner - an herausragender Stelle der Chemiegigant IG-Farben, dessen jährlicher Reingewinn, der zwischen 1933 und 1935 stagniert hatte, sich 1936 von 70 auf 140 Millionen Reichsmark verdoppelte, dann bis 1940 auf 300 Millionen Reichsmark hochschnellte und anschließend zweifellos weitere gewaltige Höhen erklimmte (die allerdings nicht dokumentiert sind)." (Ian Kershaw, S.111)

#### IV. Zusammenfassung

Auch wenn Teile der Industrie die Machtergreifung weniger begrüßten als geschehen ließen, bestand bis ungefähr Mitte der dreißiger Jahre kein großer Widerspruch zwischen der nationalsozialistischen Führung und der deutschen Wirtschaft insgesamt.

Die Beschäftigungspolitik hatte die Arbeitslosenzahl vermindert, die Kaufkraft erhöht. Die vorsichtige Politik des Reichswirtschaftsministers Schacht hatte Erfolge gezeigt. Es ging der Industrie besser.

Doch die staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die öffentlichen Aufträge, die Politik der Aufrüstung - auch hinsichtlich der Beschaffung von Rohstoffen - waren in der Mehrzahl unproduktiv.

Die wirtschaftliche Aussicht wurde düsterer: Ab 1937 herrschte Devisenmangel, es fehlten Rohstoffe, es gab Probleme in der Zahlungsbilanz, ab 1939 wurden Banknoten ohne Deckungsreserve gedruckt. Inflationäre Tendenzen traten ein.

Eindeutig ihren Einfluß verstärkt hatten die großen für die Rüstung tätigen Konzerne.

Wenige Tage vor dem Überfall auf Polen hatte Hitler den Oberbefehlshabern der Wehrmacht erklärt: "Unsere wirtschaftliche Lage ist so, daß wir nur noch wenige Jahre durchhalten können. Uns bleibt nichts übrig, wir müssen handeln." (Kershaw, S.109)

Der Vierjahresplan beweist, daß dieses Handeln langfristig geplant war. Und so begann Hitler mit dem 1. September 1939 seine Politik der kriegerischen Eroberung.

Die großen Konzerne, allen voran die IG-Farben, hatten diese Politik unterstützt. Die deutsche Industrie in ihrer Gesamtheit konnte nur noch mitmachen.

Die Niederlage des dritten Reiches mit Millionen von Toten, der Zerstörung der Infrastruktur und der Industrieanlagen widersprach allen Hoffnungen und Erwartungen, die wichtige Industriezweige auf diese risikoreiche Politik gesetzt hatten. Doch sie hatten sie ermöglicht, mitgetragen und unterstützt.

